

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Literaturhinweise	XIX
Abkürzungsverzeichnis	XXI
1. Teil: Grundlagen	1
1. Kapitel: Einleitung	1
A. Der Begriff Europarecht	1
B. Besonderheiten des Europarechts und praktische Hinweise	1
I. Besonderheiten	1
II. Auffinden von europarechtlichem Material	2
C. Die Entwicklung der europäischen Einigung	3
I. Die schrittweise Vertiefung der Integration Europas im Rahmen der EU	3
1. Die Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg: Friedenssicherung durch wirtschaftliche Integration	3
2. Die Einheitliche Europäische Akte: Aufbruch in den Europäischen Binnenmarkt	3
3. Der Vertrag von Maastricht: Grundsteinlegung für die Wirtschafts- und Währungsunion	4
4. Der Vertrag von Amsterdam: das Projekt eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	4
5. Der Vertrag von Nizza: Institutionelle Reformen im Hinblick auf die Erweiterung der Union	6
6. Die Konventsmethode: ein Versuch, mehr Bürgernähe zu erreichen	7
a) Der Grundrechtekonvent und die Charta der Grundrechte der EU	7
b) Der Europäische Konvent: Entwurf einer Verfassung für Europa	7
c) Künftige Vertragsänderungen	8
7. Vom gescheiterten Verfassungsvertrag zum Vertrag von Lissabon: Reformen ohne Symbolik	8
8. Anhaltender Reformdruck auch nach dem Vertrag von Lissabon	11
II. Beitritt, Austritt und Suspendierung von Mitgliedstaaten	12
1. Die schrittweise geografische Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und der Union	12
2. Die Voraussetzungen für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten	12
3. Der Austritt eines Mitgliedstaats aus der Union	13
4. Die Suspendierung und der etwaige Ausschluss eines Mitgliedstaats aus der Union	14
D. Aufbau und Strukturmerkmale der Europäischen Union	14
I. Der Aufbau der EU bis zum Vertrag von Lissabon: Tempelkonstruktion mit drei Säulen	14
II. Der Aufbau der EU seit dem Vertrag von Lissabon: Verschwinden der Säulenstruktur	16
III. Der supranationale Charakter der EU	16
1. Die allgemeinen Strukturmerkmale der EU	17
2. Die Besonderheiten der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	18
3. Das Verhältnis zwischen der GASP und den übrigen Politikbereichen: Unberührtheitsgebot	19
E. Andere Organisationen in Europa	19
2. Kapitel: Die Hauptakteure in der Europäischen Union	21
A. Die Organe und Behörden der Mitgliedstaaten	21
I. Das Vertragsänderungsverfahren und die Rolle der Mitgliedstaaten darin	21
II. Mitwirkung der Mitgliedstaaten an der Willensbildung der EU	25
1. Die Regierungen der Mitgliedstaaten	25
2. Die Parlamente der Mitgliedstaaten	26
a) Die Rolle der nationalen Parlamente aus der Sicht des Unionsrechts	26
b) Die Rolle von Bundestag und Bundesrat nach innerstaatlichem Recht	26
III. Die Rolle der deutschen Länder	27
1. Die Berücksichtigung der Belange der Länder in den Europäischen Verträgen	27
2. Die innerstaatlichen Mitwirkungsrechte der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union	27
IV. Umsetzung und Vollzug des Unionsrechts, gerichtlicher Rechtsschutz	28
B. Die Unionsorgane	29
I. Allgemeines	29
II. Der Europäische Rat	30

1. Zusammensetzung	30
2. Aufgaben und Befugnisse	31
3. Beschlussfassung	32
4. Tagungsort	32
III. Der Rat der Europäischen Union	32
1. Zusammensetzung und Vorsitz	33
2. Aufgaben und Befugnisse	34
3. Arbeitsweise	35
4. Beschlussfassung	35
a) Qualifizierte Mehrheit	35
b) Einfache Mehrheit	37
c) Einstimmigkeit	37
IV. Das Europäische Parlament	38
1. Zusammensetzung	38
2. Wahlen	39
3. Aufgaben und Befugnisse	39
a) Kontrollbefugnisse	39
b) Mitwirkungsrechte bei der Rechtsetzung und in Haushaltsfragen	41
4. Interne Organisation und Beschlussfassung	42
V. Die Europäische Kommission	43
1. Zusammensetzung	43
2. Ernennung	44
3. Interne Organisation	45
4. Aufgaben und Befugnisse	45
5. Arbeitsweise und Beschlussfassung	46
VI. Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik	47
VII. Der Gerichtshof der Europäischen Union	48
1. Allgemeines	48
2. Zusammensetzung und Aufbau der Unionsgerichte	48
3. Aufgaben und Befugnisse der Unionsgerichte	49
4. Die Rolle des Generalanwalts	50
VIII. Der Rechnungshof	51
IX. Die beratenden Einrichtungen	51
1. Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss	51
2. Der Europäische Ausschuss der Regionen	51
X. Nebeneinrichtungen	52
1. Die Europäische Zentralbank und das Europäische System der Zentralbanken	52
2. Die Europäische Investitionsbank	52
3. Weitere Einrichtungen	52
3. Kapitel: Rechtsquellen des Unionsrechts	53
A. Primäres Unionsrecht	53
1. Geschriebenes Unionsprimärrecht	53
2. Ungeschriebenes Unionsprimärrecht	54
B. Sekundäres Unionsrecht	54
1. Von der Union geschlossene internationale Übereinkünfte	54
2. Verordnungen	55
3. Richtlinien	55
4. Beschlüsse	58
5. Empfehlungen und Stellungnahmen	58
6. Atypische Unionsrechtsakte	59
7. Rechtsakte im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)	59
C. Atypische Instrumente	60
4. Kapitel: Die innerstaatliche Wirkung des Unionsrechts und seine Auslegung	61
A. Unmittelbare Wirkung	61
I. Die unmittelbare Wirkung des primären Unionsrechts	61
II. Die unmittelbare Wirkung des sekundären Unionsrechts	62
1. Verordnungen	62
2. Richtlinien	62
a) Die Begründung der unmittelbaren Wirkung von Richtlinienbestimmungen	63
b) Die Voraussetzungen der unmittelbaren Wirkung im Einzelnen	63
c) Die Spielarten der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien	64

d) Grenzfälle	66
e) Geltendmachung der unmittelbaren Wirkung	68
3. Beschlüsse	68
4. Völkerrechtliche Verträge	69
B. Verhältnis des Unionsrechts zum nationalen Recht	70
I. Die Eigenständigkeit des Unionsrechts und seine besondere Rechtsnatur	70
II. Die Vorrangfrage aus der Sicht des Unionsrechts	70
III. Die Vorrangfrage aus der Sicht des deutschen Rechts	72
1. Konflikte zwischen Unionsrecht und einfachgesetzlichem nationalem Recht	72
2. Konflikte zwischen sekundärem Unionsrecht und nationalem Verfassungsrecht	73
a) Grundrechtskontrolle	73
b) Ultra-vires-Kontrolle	75
c) Identitätskontrolle	76
d) Zusammenfassender Überblick	77
e) Praktische Konsequenzen und verfahrensrechtliche Einkleidung	78
f) Bewertung	80
3. Konflikte zwischen primärem Unionsrecht und nationalem Verfassungsrecht	80
C. Die Auslegung des Unionsrechts	81
I. Allgemeines	81
II. Die wörtliche Auslegung	81
III. Die systematische Auslegung	82
IV. Die teleologische Auslegung	82
V. Besonderheiten bei der Auslegung der vom Unionsrecht verwendeten Begriffe	82
D. Die Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts	83
I. Allgemeines	83
II. Die Pflicht zur richtlinienkonformen Auslegung	83
5. Kapitel: Die Rechtsetzung	86
A. Überblick über die wichtigsten Beschlussverfahren in der Europäischen Union	86
B. Erlass von abgeleitetem Unionsrecht	87
I. Rechtsetzungsbefugnisse	87
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	87
2. Kompetenzzuweisung	88
a) Allgemeines	88
b) Explizite Kompetenzzuweisung	88
c) Implizite Kompetenzzuweisung	88
d) Art. 352 Abs. 1 AEUV	89
3. Kompetenzarten	91
a) Ausschließliche Zuständigkeiten	91
b) Geteilten Zuständigkeiten	92
c) Ergänzende Zuständigkeiten	92
d) Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten	92
4. Die Kompetenzausübungsregeln	93
a) Das Subsidiaritätsprinzip	93
b) Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	94
c) Verfahrensgarantien zur Stärkung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit	94
5. Die verstärkte Zusammenarbeit	95
II. Die Rechtsetzungsverfahren	97
1. Allgemeines	97
2. Die Verfahren zum Erlass von Gesetzgebungsakten	98
a) Das ordentliche Gesetzgebungsverfahren	98
b) Die besonderen Gesetzgebungsverfahren	101
c) Der Übergang vom besonderen zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren	101
3. Das Verfahren zum Erlass von delegierten Rechtsakten und Durchführungsvorschriften	102
a) Die Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Kommission (Art. 290 AEUV)	102
b) Der Erlass von Durchführungsvorschriften für den verwaltungsmäßigen Vollzug von Unionsrecht (Art. 291 AEUV)	103
C. Abschluss völkerrechtlicher Verträge	104
I. Die Europäische Union als Völkerrechtssubjekt	104
II. Vertragsschließungskompetenzen	105
1. Kompetenzzuweisung	105
a) Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung	105

b) Außenhandelskompetenz	105
c) Assoziierungskompetenz	105
d) Andere explizite Außenkompetenzen	106
e) Implizite Außenkompetenzen	106
f) Vertragsergänzungsklausel	107
g) Rechtsfolgen eines Kompetenzverstoßes	107
2. Kompetenzarten	107
a) Ausschließliche Zuständigkeiten	107
b) Geteilte Zuständigkeiten	107
3. Gemischte Abkommen	108
III. Unionsinternes Verfahren zum Abschluss eines völkerrechtlichen Vertrags	109
1. Vertragsverhandlungen	109
2. Unterzeichnung und Abschluss	110
3. Beteiligung des Europäischen Parlaments	110
4. Gutachten des Gerichtshofs	111
IV. Status der von der Union geschlossenen völkerrechtlichen Verträge	113
6. Kapitel: Der Vollzug des Unionsrechts	114
A. Der direkte Vollzug	114
I. Bereiche des direkten Vollzugs	114
II. Regeln für den direkten Vollzug	114
B. Der indirekte Vollzug	115
I. Die Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten in den Grenzen von Äquivalenz und Effektivität	115
1. Die Rückforderung unionsrechtswidriger Beihilfen	116
2. Die Rückforderung unionsrechtswidriger Abgaben	118
3. Das Spannungsverhältnis zwischen Effektivität und Rechtssicherheit: Bestandskraft nationaler Verwaltungsakte und Wiederaufgreifen des Verfahrens	119
4. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung von Verwaltungsakten	119
II. Die Bindung an Unionsgrundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	120
III. Die Staatshaftung der Mitgliedstaaten für die Verletzung von Unionsrecht	120
C. Sanktionen für unionsrechtswidriges Verhalten	123
2. Teil: Das Rechtsschutzsystem	125
7. Kapitel: Grundlagen des Rechtsschutzsystems	125
A. Allgemeines	125
B. Zuständigkeitsverteilung zwischen Unionsgerichtsbarkeit und mitgliedstaatlichen Gerichten	125
I. Zuständigkeiten der Unionsgerichte EuGH und EuG	125
1. Die Ausweitung der Zuständigkeiten der Unionsgerichte durch den Vertrag von Lissabon	126
2. Der Rechtsschutz in der GASP nach dem Vertrag von Lissabon	127
II. Zuständigkeiten der Gerichte der Mitgliedstaaten	128
C. Der Rechtsschutz vor den Unionsgerichten im Überblick	129
I. Die wichtigsten Verfahrensarten	129
II. Systematisierung der Funktionen der Unionsgerichtsbarkeit	131
III. Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Unionsgerichtsbarkeit	132
1. Die Zuständigkeit für Direktklagen	132
2. Die Zuständigkeit für Vorabentscheidungsverfahren	133
IV. Verfahren und Urteil	134
D. Vorgaben des Unionsrechts für den Rechtsschutz vor den Gerichten der Mitgliedstaaten	135
I. Grundlagen	135
II. Verfahrensrechtliche Vorgaben für einen effektiven gerichtlichen Rechtsschutz	137
1. Rechtsweggarantie: Anspruch auf Zugang zu Gericht	137
2. Begründungspflicht für Verwaltungsentscheidungen	137
3. Klagefristen, Bestandskraft, Verjährung	137
4. Anwendung des Unionsrechts von Amts wegen	138
5. Einstweiliger Rechtsschutz	139
8. Kapitel: Das Vorabentscheidungsverfahren	140
A. Allgemeines	140
B. Verfahrensgegenstand	141
I. Wesensmerkmale der Auslegungs- und der Gültigkeitsvorlage	141

1. Die Auslegungsvorlage	141
2. Die Gültigkeitsvorlage	142
II. Zulässiger Vorlagegegenstand	142
1. Auslegung der Verträge.	142
2. Auslegung und Gültigkeit der Handlungen der Organe	143
a) Auslegung von Handlungen	143
b) Überprüfung der Gültigkeit der Handlungen der Organe.	144
3. Von der Vorlage ausgeschlossene Gegenstände	145
C. Vorlagerecht und Vorlagepflicht	145
I. Vorlageberechtigte Stellen	145
II. Vorlageermessen und Vorlagepflicht	146
1. Die grundlegende Unterscheidung zwischen letztinstanzlichen und anderen Gerichten	146
2. Die Grenzen der Vorlagepflicht letztinstanzlicher Gerichte: die CILFIT-Rechtsprechung.	147
3. Das Vorlageermessen der Untergerichte und seine Grenzen.	148
a) Vorlageermessen	148
b) Ausnahmsweise Vorlagepflicht der Instanzgerichte: die Foto-Frost-Entscheidung.	148
c) Die vorläufige Verwerfungskompetenz der nationalen Gerichte in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes: Die Rechtsprechung Zuckerfabrik und Atlanta.	149
4. Verstoß gegen die Vorlagepflicht.	150
a) Unionsrechtliche Sanktionen	150
b) Verfassungsrechtliche Sanktion	150
c) Verletzung der EMRK	151
D. Das Kooperationsverhältnis zwischen EuGH und Vorlagegericht	151
I. Rechte und Pflichten des Vorlagegerichts	151
1. Das Vorlagegericht ist Herr über das Ausgangsverfahren	151
2. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Ob“ der Vorlage	152
3. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Was“ der Vorlage, d.h. den Inhalt der Vorlagefragen	152
4. Das Vorlagegericht entscheidet über das „Wann“, also den Zeitpunkt der Vorlage.	152
5. Das nationale Gericht entscheidet über das „Wie“, also die Form der Vorlage	153
II. Die Rolle des Gerichtshofs	153
1. Allgemeines	153
2. Umformulierung der Vorlagefragen	154
3. Feststellung der Unzulässigkeit von Vorlagefragen	154
E. Verfahren vor dem EuGH	156
1. Allgemeines zum Verfahrensablauf	156
2. Abwandlungen des Vorabentscheidungsverfahrens in besonders dringlichen Fällen	156
a) Beschleunigtes Verfahren	156
b) Eilvorabentscheidungsverfahren	156
F. Wirkung der Vorabentscheidung	157
I. Wirkung für das Ausgangsverfahren	157
II. Wirkung für andere Verfahren	157
1. Vorabentscheidung über eine Auslegungsvorlage	157
2. Vorabentscheidung über eine Gültigkeitsvorlage	158
III. Zeitliche Wirkung der Vorabentscheidung	158
G. Andere Vorabentscheidungsverfahren und Verfahrensabwandlungen	159
9. Kapitel: Direktklageverfahren, inzidente Normenkontrolle und Rechtsmittelverfahren	160
A. Vertragsverletzungsverfahren	160
I. Allgemeines	160
II. Klageberechtigung	160
1. Klage der Kommission nach Art. 258 AEUV.	160
2. Klage eines anderen Mitgliedstaats nach Art. 259 AEUV	161
III. Verfahrensablauf nach Art. 258 AEUV	161
1. Mahnschreiben.	161
2. Begründete Stellungnahme	162
3. Die Feststellungsklage vor dem EuGH	162
IV. Zulässigkeit der Klage	162
1. Ordnungsgemäße Durchführung des Vorverfahrens	162
2. Ordnungsgemäßer Streitgegenstand	162
3. Rechtsschutzinteresse	163
V. Begründetheit	163
VI. Das Urteil des EuGH und seine Wirkung	165
1. Erstes Vertragsverletzungsurteil	165

2. Gegebenenfalls zweites Vertragsverletzungsurteil mit finanziellen Zwangsmitteln	165
3. Verhängung von Zwangsmaßnahmen für Nichtumsetzung von Richtlinien schon im ersten Urteil	166
B. Die Nichtigkeitsklage	167
I. Allgemeines	167
II. Zulässigkeit	167
1. Beteiligtenfähigkeit	167
2. Die anfechtbaren Handlungen (zulässiger Klagegegenstand)	168
3. Klageberechtigung	170
a) Privilegiert klageberechtigt	170
b) Teilprivilegiert klageberechtigt	170
c) Nicht privilegiert klageberechtigt	170
4. Besonderheiten für Klagen gegen Einrichtungen und sonstige Stellen der EU	175
5. Klagefrist	175
6. Allgemeines Rechtsschutzinteresse	176
III. Begründetheit	176
1. Unzuständigkeit	176
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften	176
3. Verletzung der Verträge oder einer bei ihrer Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm	177
a) Primäres Unionsrecht	177
b) Völkerrechtliche Verträge	178
c) Sekundäres Unionsrecht	178
d) Unverbindliche Handlungsformen	178
e) Beurteilungsspielraum	178
4. Ermessensmissbrauch	179
IV. Inhalt und Wirkung des Urteils	179
C. Die Untätigkeitsklage	180
I. Allgemeines	180
II. Zulässigkeit	180
1. Beteiligtenfähigkeit	180
2. Klagegegenstand	180
3. Klageberechtigung	181
4. Das Vorverfahren	181
a) Aufforderungsschreiben des Klägers	181
b) Fehlende Stellungnahme	182
5. Fristen	182
6. Anforderungen an die Klageschrift	182
III. Begründetheit	182
IV. Inhalt und Wirkung des Urteils	182
D. Die Schadensersatzklage	183
I. Allgemeines	183
II. Zulässigkeit	183
1. Beteiligtenfähigkeit und sachliche Zuständigkeit	183
2. Anforderungen an die Klageschrift	183
3. Verjährung	184
4. Rechtsschutzbedürfnis	184
a) Verhältnis zur Nichtigkeits- und Untätigkeitsklage	184
b) Verhältnis zu alternativen nationalen Rechtsbehelfen	184
III. Begründetheit	185
1. Haftungsvoraussetzungen	185
a) Rechtswidrigkeit	185
b) Schaden	186
c) Kausalität	186
2. Rechtsfolge: Schadensersatz	187
3. Exkurs: Haftung auch für rechtmäßiges Verhalten?	187
IV. Die Durchsetzung sonstiger außervertraglicher Ansprüche	187
E. Die inzidente Normenkontrolle	188
I. Voraussetzungen und Inhalt	188
II. Wirkung einer erfolgreichen Inzidentrüge	188
F. Rechtsmittelverfahren und Überprüfungsverfahren	189
I. Das Rechtsmittelverfahren	189
1. Zulässigkeit des Rechtsmittels	189
a) Gegenstand des Rechtsmittels	189
b) Rechtsmittelberechtigung und Rechtsschutzinteresse	189

c) Das Rechtsmittel ist auf Rechtsfragen beschränkt	190
d) Anforderungen an die Rechtsmittelschrift	190
e) Die Rechtsmittelfrist beträgt zwei Monate ab Zustellung der angefochtenen Entscheidung	190
2. Begründetheit des Rechtsmittels	190
3. Verfahren vor dem Gerichtshof	191
4. Entscheidung des Gerichtshofs	191
5. Das Gericht (EuG) als Rechtsmittelinanz	191
II. Das Überprüfungsverfahren	192
1. Anwendungsbereich des Überprüfungsverfahrens	192
2. Kriterium für die Einleitung des Überprüfungsverfahrens	192
3. Antragsberechtigung und Verfahrenseröffnung	192
4. Verfahren vor dem Gerichtshof und Überprüfungsentscheidung	193
3. Teil: Auszüge aus dem materiellen Unionsrecht	195
Vorbemerkung	195
10. Kapitel: Die Unionsbürgerschaft	196
A. Erwerb und Verlust der Unionsbürgerschaft	196
B. Inhaltliche Ausgestaltung der Unionsbürgerschaft	197
I. Allgemeines	197
II. Die Unionsbürgerrechte im Überblick	197
1. Recht auf Gleichbehandlung	197
2. Freizügigkeitsrecht	197
3. Recht auf diplomatischen und konsularischen Schutz	198
4. Politische Rechte	198
III. Insbesondere: Das Recht auf Zugang zu den Dokumenten der EU	198
IV. Fortentwicklung der Unionsbürgerschaft	200
11. Kapitel: Die Grundfreiheiten	201
A. Überblick	201
I. Die sechs Grundfreiheiten der Verträge	201
II. Die Dogmatik der Grundfreiheiten	201
III. Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten	203
B. Der freie Warenverkehr	204
I. Überblick	204
II. Anwendungsbereich der Warenverkehrsfreiheit	204
1. Warenbegriff	204
2. Unionsware	205
3. Ausnahmestimmungen	205
III. Die Zollunion	205
1. Der gemeinsame Zolltarif und der Zollkodex	205
2. Verbot von Zöllen und Abgaben gleicher Wirkung	206
3. Begriff und Abgrenzung der Zölle und zollgleichen Abgaben von den inländischen Abgaben nach Art. 110 AEUV	206
a) Verwaltungsgebühren beim Grenzübertritt einer Ware	207
b) Sonstige finanzielle Belastungen	207
c) Verbot diskriminierender Abgaben nach Art. 110 AEUV	210
IV. Das Verbot mengenmäßiger Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	210
1. Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen	210
2. Verbot von Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Einfuhrbeschränkungen	211
a) Staatliche Maßnahme	211
b) Wirkung der Maßnahme	212
c) Grenzüberschreitendes Element	215
3. Verbot mengenmäßiger Ausfuhrbeschränkungen und von Maßnahmen gleicher Wirkung	216
V. Rechtfertigung von Einfuhr- und Ausfuhrbeschränkungen sowie von Maßnahmen gleicher Wirkung	216
1. Rechtfertigungsgründe nach Art. 36 AEUV	217
a) Einzelheiten zu den diversen Rechtfertigungsgründen (Art. 36 Satz 1 AEUV)	217
b) Missbrauchsverbot, Art. 36 Satz 2 AEUV	218
2. Rechtfertigung aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	219

a) Die Cassis-Formel	219
b) Einzelheiten	220
VI. Prüfungsschema Art. 34-36 AEUV	222
VII. Die Pflicht zur Umgestaltung staatlicher Handelsmonopole	224
C. Die Arbeitnehmerfreizügigkeit	225
I. Überblick	225
II. Anwendungsbereich	226
1. Persönlicher Anwendungsbereich	226
2. Sachlicher Anwendungsbereich	227
3. Grenzüberschreitendes Element	228
III. Gewährleistungsinhalt der Arbeitnehmerfreizügigkeit	228
1. Ausreise-, Einreise- und Aufenthaltsrecht	228
2. Art. 45 AEUV als Diskriminierungsverbot	229
a) Allgemeines	229
b) Einzelheiten	230
3. Art. 45 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot	232
4. Drittwirkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit	234
5. Rechte der Familienangehörigen des Wanderarbeitnehmers	235
a) Einreise- und Aufenthaltsrecht	235
b) Recht auf Ausübung einer Beschäftigung	235
c) Recht der Kinder auf Ausbildung	235
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	235
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit	235
a) Allgemeines zur Reichweite des Vorbehalts	236
b) Einzelheiten	236
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	237
V. Vorbehalt der öffentlichen Verwaltung	238
1. Auslegung des Begriffs öffentliche Verwaltung	238
a) Der Begriff öffentliche Verwaltung in Art. 45 Abs. 4 AEUV	238
2. Anwendung des Vorbehalts	239
VI. Prüfungsschema Art. 45 AEUV	240
D. Die Niederlassungsfreiheit	241
I. Überblick	241
II. Anwendungsbereich	241
1. Persönlicher Anwendungsbereich	241
a) Natürliche Personen	241
b) Gesellschaften	241
2. Sachlicher Anwendungsbereich	241
a) Abgrenzung zur Dienstleistungsfreiheit	242
b) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit	242
c) Abgrenzung zum freien Kapitalverkehr	242
3. Grenzüberschreitendes Element	242
III. Gewährleistungsinhalt der Niederlassungsfreiheit	243
1. Art. 49 AEUV als Diskriminierungsverbot	243
2. Artikel 49 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot	244
3. Drittwirkung der Niederlassungsfreiheit	246
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	246
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit	246
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	247
V. Vorbehalt der Ausübung öffentlicher Gewalt	248
VI. Grenzüberschreitende Sitzverlegung einer rechtsfähigen Handelsgesellschaft	249
1. Kollisionsrechtliche Probleme (Internationales Privatrecht)	249
2. Unionsrechtliche Probleme	249
a) Wegzugsfälle	250
b) Zuzugsfälle	250
c) Fazit	251
VII. Harmonisierungsmaßnahmen	251
VIII. Prüfungsschema Art. 49 AEUV	252
E. Der freie Dienstleistungsverkehr	253
I. Allgemeines	253
II. Anwendungsbereich	253
1. Persönlicher Anwendungsbereich	253
2. Sachlicher Anwendungsbereich	253
3. Grenzüberschreitendes Element	254

4. Abgrenzung zu anderen Grundfreiheiten	255
a) Abgrenzung zum freien Warenverkehr	255
b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit	255
c) Abgrenzung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit	256
III. Gewährleistungsinhalt der Dienstleistungsfreiheit	256
1. Art. 56 AEUV als Diskriminierungsverbot	256
2. Art. 56 AEUV als allgemeines Beschränkungsverbot	257
a) Maßnahmen des Aufnahmestaats	257
b) Maßnahmen des Herkunftsstaats	257
3. Drittwirkung der Dienstleistungsfreiheit	258
IV. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	259
1. Rechtfertigung aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit oder Gesundheit	259
2. Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	260
V. Vorbehalt der Ausübung öffentlicher Gewalt	261
VI. Harmonisierungsmaßnahmen	262
VII. Prüfungsschema Art. 56, 57 AEUV	263
F. Der freie Kapital- und Zahlungsverkehr	264
I. Der freie Kapitalverkehr	264
1. Rückblick	264
2. Anwendungsbereich	264
3. Gewährleistungsinhalt der Kapitalverkehrsfreiheit	265
4. Rechtfertigung von diskriminierenden oder beschränkenden Maßnahmen	266
a) Die geschriebenen Rechtfertigungsgründe des Art. 65 Abs. 1 AEUV	266
b) Die Rechtfertigung von Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	268
II. Der freie Zahlungsverkehr	269
III. Prüfungsschema Art. 63 AEUV	269
G. Das Freizügigkeitsrecht der Unionsbürger	270
I. Überblick	270
II. Anwendungsbereich	270
1. Subsidiarität gegenüber anderen Grundfreiheiten	270
2. Persönlicher Anwendungsbereich	271
3. Sachlicher Anwendungsbereich	271
III. Gewährleistungsinhalt des Freizügigkeitsrechts	273
1. Ausreise-, Einreise- und Aufenthaltsrecht	273
2. Beschränkungsverbot	273
3. Diskriminierungsverbot	274
IV. Rechtfertigung diskriminierender oder beschränkender Maßnahmen	275
1. Beschränkungen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Gesundheit	275
2. Beschränkungen aus zwingenden Gründen des Allgemeininteresses	275
V. Prüfungsschema Art. 21 Abs. 1 AEUV	278
12. Kapitel: Unionsgrundrechte und allgemeine Rechtsgrundsätze	279
A. Die Entwicklung des Grundrechtsschutzes in der Europäischen Union	279
B. Die Quellen des Grundrechtsschutzes auf EU-Ebene	280
I. Der Grundrechtsschutz als Teil der allgemeinen Rechtsgrundsätze des Unionsrechts	280
II. Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union	281
1. Entstehungsgeschichte der Charta	281
2. Rechtsnatur und Rang der Charta	282
3. Inhalt der Charta	283
a) Zwischen Kodifikation und Innovation	283
b) Auslegung der Bestimmungen der Charta	283
c) Keine Kompetenzerweiterung	284
4. Zusatzprotokoll für Polen und das Vereinigte Königreich, politischer Kompromiss mit Tschechien	284
III. Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)	285
1. Die Rechtslage unabhängig von einem Beitritt der EU zur EMRK	285
2. Der geplante Beitritt der EU zur EMRK	285
C. Die Funktionsweise der Unionsgrundrechte	287
I. Geltungsbereich der Unionsgrundrechte und Grundrechtsverpflichtete	287
II. Verhältnis der Unionsgrundrechte zu den nationalen Grundrechten	288
III. Schutzbereich, Schranken und Schranken-Schranken der Unionsgrundrechte	289
IV. Spannungsverhältnis zwischen Grundfreiheiten und Grundrechten	291
1. Grundrechte als Rechtfertigungsgründe für die Beschränkung von Grundfreiheiten	291

2. Grundfreiheiten als Rechtfertigungsgründe für die Beschränkung von Grundrechten	291
3. Grundrechte als Schranken-Schranken bei der Beschränkung von Grundfreiheiten	292
D. Einzelne Unionsgrundrechte	292
I. Würde des Menschen	292
II. Freiheitsrechte	293
III. Gleichheitsrechte	295
IV. Solidarität	295
V. Bürgerrechte	296
VI. Justizielle Rechte	296
E. Rechtsstaatliche Grundsätze im Unionsrecht	296
I. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	297
II. Der Grundsatz der Rechtssicherheit	298
III. Die reformatio in peius	298
IV. Das Missbrauchsverbot	298
13. Kapitel: Der Grundsatz der Gleichbehandlung	300
A. Überblick	300
B. Die Funktionsweise des Grundsatzes der Gleichbehandlung	301
I. Gewährleistungsinhalt	301
1. Vergleichbarkeit der Sachverhalte	301
2. Ungleichbehandlung	301
3. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung	302
II. Unmittelbare Wirkung	302
1. Vertikale Direktwirkung	302
2. Horizontale Direktwirkung	302
III. Anspruch des Benachteiligten auf Gewährung des vorenthaltenen Vorteils	303
C. Das allgemeine Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit	304
I. Subsidiarität gegenüber besonderen Diskriminierungsverboten	304
II. Anwendungsbereich der Verträge	304
III. Verbotsinhalt, Adressaten und Begünstigte	306
1. Verbotsinhalt	306
2. Verbotsadressaten	307
3. Begünstigte	307
IV. Wirkung des Diskriminierungsverbots	307
V. Inländerdiskriminierung	308
D. Verbot der Diskriminierung wegen bestimmter persönlicher Eigenschaften	309
I. Entwicklung des Diskriminierungsschutzes wegen persönlicher Eigenschaften	309
II. Das Verbot der Diskriminierung wegen des Geschlechts	310
1. Überblick	310
2. Der Grundsatz des gleichen Entgelts	311
3. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Hinblick auf die sonstigen Arbeitsbedingungen	312
4. Der Grundsatz der Gleichbehandlung im Hinblick auf Güter und Dienstleistungen	314
III. Das Verbot der Diskriminierung wegen anderer persönlicher Eigenschaften	315
1. Allgemeines	315
2. Die einzelnen Diskriminierungsverbote	316
a) Die Altersdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf	316
b) Sonstige Diskriminierungstatbestände	319
IV. Rechtsschutz, Beweislast und Sanktionen	321
14. Kapitel: Die Rechtsangleichung	322
A. Allgemeines	322
B. Gegenstand, Methoden und Wirkung der Rechtsangleichung	322
C. Verhältnis der Harmonisierungsvorschriften zueinander	324
D. Harmonisierung nach Art. 114 AEUV	324
I. Anwendungsbereich des Art. 114 Abs. 1 AEUV	324
1. Allgemeines	324
2. Abgrenzung zu Art. 115 AEUV (direkte Steuern)	325
3. Abgrenzung zu Art. 192 AEUV (Umwelt)	325
4. Abgrenzung zu Art. 153 AEUV (Arbeit und Soziales)	326
5. Abgrenzung zu Art. 116 AEUV (Wettbewerbsverzerrungen)	326
II. Inhaltliche Anforderungen an Harmonisierungsmaßnahmen nach Art. 114 AEUV	326

a) Tabak-Urteile	327
b) Roaming-Gebühren	328
III. Nationaler Alleingang eines Mitgliedstaats	328
15. Kapitel: Grundzüge des Europäischen Wettbewerbsrechts	330
A. Einleitung	330
B. Das EU-Kartellrecht	331
I. Einführung	331
II. Gemeinsame Voraussetzungen von Art. 101 Abs. 1 und Art. 102 Abs. 1 AEUV	332
1. Der Unternehmensbegriff	332
2. Die Zwischenstaatlichkeitsklausel	332
3. Die Bestimmung des relevanten Marktes	333
III. Das Verbot wettbewerbswidriger Verhaltensweisen gemäß Art. 101 AEUV	333
1. Kollusion zwischen Marktteilnehmern	333
2. Zwischenstaatlichkeitsklausel und Wettbewerbswidrigkeit	333
3. Freistellung nach Art. 101 Abs. 3 AEUV	334
4. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Kartellverbot	335
IV. Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung gemäß Art. 102 AEUV	335
1. Marktbeherrschende Stellung	335
2. Missbräuchliches Ausnutzen der marktbeherrschenden Stellung	336
3. Rechtsfolgen	337
V. Das europäische Kartellverfahrensrecht	337
1. Kartellrechtsdurchsetzung auf Unionsebene und auf nationaler Ebene	337
2. Das Verfahren bei der Kommission	338
C. Die europäische Fusionskontrolle	339
I. Einführung	339
II. Anwendungsbereich und Zuständigkeitsabgrenzung	340
III. Materieller Prüfungsmaßstab	340
IV. Verfahren	341
D. Das europäische Beihilferecht	342
I. Überblick	342
II. Die Tatbestandsvoraussetzungen des Beihilfeverbots nach Art. 107 Abs. 1 AEUV	344
1. Staatliche oder aus staatlichen Mitteln finanzierte Maßnahme	344
2. Selektiver Vorteil für den Begünstigten	345
3. Wettbewerbsverfälschung	348
4. Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten	348
III. Die wichtigsten Ausnahmen vom Beihilfeverbot	348
1. Legalausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 2 AEUV	349
2. Ermessensausnahmen gemäß Art. 107 Abs. 3 AEUV	349
IV. Die Beihilfenaufsicht durch die Kommission	350
1. Allgemeines	350
2. Das Verfahren für neue Beihilfen	351
a) Anmeldung	351
b) Die zwei Phasen des Verfahrens	352
c) Besonderheiten bei nicht angemeldeten Beihilfen	353
V. Gerichtlicher Rechtsschutz	353
1. Rechtsschutz vor den Unionsgerichten gegen Beschlüsse der Kommission	353
a) Anfechtbarkeit	353
b) Klageberechtigung	354
c) Klagefrist	354
2. Rechtsschutz vor den innerstaatlichen Gerichten gegen nationalen Beihilfemaßnahmen	355
16. Kapitel: Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	356
I. Allgemeines	356
II. Die Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung	357
1. Grenzkontrollen	357
2. Asyl- und Flüchtlingspolitik	358
3. Einwanderungspolitik	358
III. Die justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	359
1. Gerichtszuständigkeit, gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung, Verfahren	359
2. Vorschriften über die Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts	359
3. Rechtsetzungsverfahren	360
4. Sonstiges	360

IV. Die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	360
1. Gegenseitige Anerkennung und prozessuale Mindestvorschriften	360
2. Materiellrechtliche Mindeststandards	362
3. Strafrechtliche Annexkompetenz des Unionsgesetzgebers	362
4. Koordinierung der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden	362
5. Rechtsetzungsverfahren	363
6. Übergangsvorschrift für Rahmenbeschlüsse	363
V. Die polizeiliche Zusammenarbeit	363
VI. Insbesondere: die Terrorismusbekämpfung	364
17. Kapitel: Die Wirtschafts-, Währungs- und Außenhandelspolitik	366
A. Überblick	366
B. Die Wirtschafts- und Währungsunion	366
I. Einleitung	366
II. Die Wirtschaftspolitik	367
III. Die Währungsunion	368
1. Die Bedingungen für eine Teilnahme an der Währungsunion	369
2. Die Währungspolitik	370
IV. Die Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion aus Anlass der Staatsschuldenkrise	371
1. Die Staatsschuldenkrise	372
2. Der Rettungsschirm für die Euro-Zone	372
3. Der Fiskalpakt	373
4. Die Maßnahmen der Europäischen Zentralbank	374
5. Die Bankenunion	375
6. Die Diskussion über Euro-Bonds	376
C. Die gemeinsame Handelspolitik	376
I. Regelungsbereich und Unionskompetenz	376
II. Anwendungsbereich der gemeinsamen Handelspolitik	377
1. Die erfassten Materien	377
2. Die zulässigen Regelungsinhalte	378
III. Tätigwerden der Union im Außenhandelsbereich	378
1. Autonome Rechtsetzung	378
2. Abschluss von Handelsabkommen	379
3. Insbesondere: das WTO-Übereinkommen	379
4. Vorbehalt der nationalen Sicherheit	380
Sachverzeichnis	381